

dradio.de

URL: <http://www.dradio.de/df/sendungen/hintergrundpolitik/526014/>

HINTERGRUND POLITIK

28.07.2006



Ein französischer Soldat sowie UN-Militärs aus Uruguay beim Einsatz im Ort Bunga im Kongo. (Bild: AP Archiv)

Gold gegen Waffen

Dunkle Geschäfte und politische Gewalt im Osten des Kongo

Von Alexander Bühler

Unterwegs mit der Hilfsorganisation Caritas im Osten des Kongo - in einer Schatzkammer der Welt, in der seit Jahren blutige Konflikte ausgetragen werden. Warum ist dieses Land trotz seiner ungeheuren Bodenschätze so arm? Erste Station: Das Dorf Katoto, etwa 35 Kilometer von der Bezirkshauptstadt Bunia entfernt. Begegnung mit Dieudonné Ndrundro-Banga, der bei den Parlamentswahlen am Sonntag kandidiert.

Wir schlafen auf Kartons, ohne Decke. Wir wissen nicht, wie wir kochen sollen, denn die Töpfe sind gestohlen worden. Die Schalter, die Sicherungen, selbst der Fußboden - man hat alles mögliche geklaut! Sogar die Elektrokabel sind weg! Genau wie die Wasserhähne! Es gab auch Tote: drei Händler aus dem Dorf, die ermordet worden sind. Und einige unserer Töchter und Frauen hat man vergewaltigt!

Ndrundro-Banga ist empört, wütend, verzweifelt. Wieder einmal hat man sein Dorf geplündert und gebrandschatzt. Zum fünften Mal in den letzten sieben Jahren. Wieder einmal hat man ihm alles weggenommen. Wieder muss er von vorne anfangen. Doch zumindest ist es nicht mehr ganz so schlimm wie in den vergangenen Jahren, als der Krieg ständig eine große Zahl von Menschenleben forderte.

Ich habe damals eine meiner Töchter verloren, sie ist verschleppt worden. Meine zweite Tochter, geboren 1985, sie wäre heute erwachsen, vielleicht sogar eine Mutter. Ich habe auch den Sohn eines Freundes verloren, er war 20 Jahre alt, er ist erschossen worden - es gibt viele Fälle! Die Freunde, der Bruder, sogar Kinder!

Fünf Millionen Tote - soviel Menschen kamen im Kongo zwischen 1998 und 2003 um. Die damalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright sprach von einem afrikanischen Weltkrieg. Nicht nur was die Opferzahlen betrifft, sondern auch hinsichtlich der Beteiligung der an den Kongo grenzenden Staaten. Fast jedes der angrenzenden neun Länder mischte sich ein. Den Anrainern Uganda und Ruanda gelang es fast, sich die östlichen Landesteile einzuverleiben. Ihr Engagement hatte ganz konkrete Gründe, betont der Wissenschaftler Prosper Hamuli-Birali vom Friedensforschungsinstitut Pole Institute in der kongolesischen Stadt Goma.

Während des Krieges war das Land in zwei Teile gespalten: den Osten, der rebellierte, und den Westen, der unter der Kontrolle der so genannten Regierung stand. Man hat alle Bodenschätze ausgebeutet, Gold, Diamanten. Hier im Osten, in der Region von Goma, wurde vor allem Coltan geschürft.

Coltan - ein Erz, das sehr selten zu finden ist und auf dem Weltmarkt Spitzenpreise erzielt, weil es in der Computertechnologie eingesetzt wird. Firmen wie die Bayer-Tochter H.C. Starck verschlossen lange die Augen vor der Herkunft des Materials. Oft wurde es ihnen von Unternehmen zugeliefert, die vom Chaos

im Kongo profitierten. Der Belgier Johan Peleman weiß, wie manche Unternehmen die instabile Situation im Kongo nutzen. Er arbeitet für die UN-Mission im Kongo, die MONUC, sein Spezialgebiet sind der illegale Waffenhandel und die Ausbeutung der Bodenschätze. Immer wieder reist Peleman durchs Land und ist darum oft nur per Mobiltelefon zu erreichen:

Wenn man in einer Kriegszone arbeitet, wo es keine Ordnungskräfte gibt, kann man maximalen Profit erzielen. Vor allem, wenn man Zwangsarbeit benutzt oder die Arbeitskräfte kaum bezahlt. Wenn man einer Miliz verbunden ist, kann man Zugang zu bestimmten Gebieten bekommen und sich ein Monopol sichern. Gerade wenn man eine sehr wichtige Mine mit hochwertigen Metallen hat, und der einzige ist mit einem Zugang, kann man natürlich sehr hohe Gewinne machen. Daher möchten manche Unternehmen lieber Chaos in diesen Kriegsgebieten sehen, weil sie dann keine legalen Verpflichtungen haben. Sie haben Vereinbarungen mit Milizen und zahlen ihnen stattdessen Abgaben, die weit unter dem liegen, was die normale Steuerabgabe ausmachen würde.

Ein Beispiel: Die Mine von Walikale, etwa 130 Kilometer von der Bezirkshauptstadt Goma entfernt. Hier fördert man die wertvollen Erze Kassiterit und Coltan. Die Mine war jahrelang von pro-ruandischen Rebellen und Milizen besetzt. Erst vor zwei Jahren konnte die Kabila-Regierung sie mit militärischen Mitteln vertreiben. Mit ihrer Niederlage verloren die Rebellen und die Milizen eine wichtige Einnahmequelle, unterstreicht Hamuli-Birali.

Die Rebellen hatten diesen Landesteil unter Kontrolle, daher konnte man den Coltan-Abbau nicht ohne ihre Zustimmung betreiben. Die Minen wurden von ihren Soldaten überwacht, damit nur kaufen konnte, wer eine Genehmigung besaß. Sie erhoben eine Steuer auf den Abbau, und mit dieser Steuer finanzierten sie ihre Aktivitäten. Ich erinnere mich an ein Jahr, in dem die Rebellen das Monopol für den Coltan-Kauf an ein einzelnes Unternehmen verpachteten. Diese Firma hat den Rebellen dafür eine Million Dollar bezahlt.

Als vor drei Jahren die kongolesische Übergangsregierung mit Joseph Kabila als Präsidenten gebildet wurde, konnte die RCD-Goma aufgrund ihrer Machtstellung im Ost-Kongo die Position eines Vizepräsidenten erringen. Die Rebellenbewegung formierte sich als politische Partei, um ihre Macht zu behaupten. Bis heute stellt sie in der Provinz Nord-Kivu mit der Hauptstadt Goma den Gouverneur und hält viele andere Schlüsselpositionen.

Im nördlich gelegenen Distrikt Ituri weckte der Goldreichtum der Region Begehrlichkeiten beim Nachbarn Uganda. 1998 besetzten ugandische Truppen die Minenregion und brachten das Gold per Flugzeug nach Uganda. Auch nach ihrem Abzug 2003 konnte sich die Region nicht erholen, denn dann streckten von Uganda gesteuerte Rebellen ihre Hand nach dem Edelmetall aus.

Im Minenbezirk gibt es Tausende von Goldschürfern. In kleinen Gruppen tun sie sich zusammen und wühlen den Erdboden um. Man nennt sie les creuseurs artisanales, weil sie alles per Hand machen, sie haben kaum Maschinen. Einige graben senkrechte Löcher, die wie Gräber aussehen, zehn, zwanzig Meter tief in den Erdboden hinein. Dort unten treibt dann einer einen Stollen in das Erdreich. Andere sieben den Sand von Bächen nach winzigen Goldkörnern durch - zum Beispiel der 34-jährige Boubou Bochou. Jeden Tag steht er acht Stunden lang im Wasser und hofft, dass er etwas Gold in seiner Pfanne findet.

Das ist der Sand, er wird weniger, immer weniger, danach sieht man das Gold. Sieh hier! Da, das Gold glänzt! Jeder von uns verdient hier etwa fünf Dollar am Tag. drei, vier, sechs Dollar, manchmal sogar zehn Dollar.

Damit kann Bochou seine Familie gerade mal ernähren. Meistens wird ihm das gefundene Gold für einen Spottpreis von einem der vielen kleinen Händler vor Ort direkt abgekauft. Von Kiza Malobi zum Beispiel. Auch während des Krieges musste er auf die Goldfelder - weil seine Familie kein Ackerland besitzt, dass er hätte bebauen können. Ein gefährliches Unterfangen. Denn ihm war völlig klar, dass er für die Soldaten der Rebellen Freiwillig war. Tatsächlich haben die ihm mehrmals seine Tageseinnahmen abgepresst:

Während des Krieges haben mir die Milizen dreimal 300 Dollar abgenommen, wegen der Kriegssituation musste ich das hinnehmen.

Schulterzuckend wendet sich Malobi ab, dem nächsten Goldverkäufer zu. Albrecht Conze, der stellvertretende Leiter der Abteilung für politische Angelegenheiten bei der UN-Mission MONUC, hat die Goldfelder besichtigt. Wie viel Reichtum dort gefördert wird, wie sehr die Menschen dort ihr Leben dafür aufs Spiel setzen - und wie wenig sie davon haben, ist ein Missstand, der ihn sehr bewegt:

Wenn man die Goldminen in Ituri sieht, denkt man, man sei ins 19. Jahrhundert zurückversetzt, in die Zeit der kolonialen und präkolonialen Ausbeutung dieses Landes. Sehr armselige Verhältnisse, überhaupt keine Sicherheit, diese Minen können jederzeit zusammenstürzen und die dort Arbeitenden unter sich begraben. Diese Minen sind natürlich ein Skandal, und was tut man? Man kann sie nicht einfach schließen, denn dann haben die Leute gar nichts mehr.

Hamuli-Birali vom Pole-Institut hat sich lange mit den gesellschaftlichen Folgen der Ausbeutung der Bodenschätze beschäftigt. Es ist nicht nur das direkte Todes-Risiko, das die Schürfer bedroht, es sind auch die Konsequenzen für die Gesellschaft, die ihm Sorgen machen: Denn die Rate der Gewaltverbrechen rings um die Gold- oder Coltanfelder steigt, immer mehr Prostitution und damit auch Sexuallykrankheiten verbreiten sich, immer weniger Menschen bebauen ihre Äcker - und gleichzeitig sinkt die Bildungsrate, weil der Ruf des Goldes sowohl Schüler als auch Lehrer lockt. Die wertvollen Bodenschätze kämen nicht dem Kongo zugute, konstatiert Hamuli-Birali.

Der Gold-Käufer reist in eines der benachbarten Länder, nach Burundi, Ruanda, Uganda, Kongo-Brazzaville, Angola oder Simbabwe. Dort sitzen die Handelshäuser, die die Mineralien kaufen. Daher zeigen die Statistiken dieser Länder, dass sie große Exporteure von Gold, Coltan oder anderem sind - auch wenn diese Mineralien bei ihnen nicht vorkommen.

Auch deswegen sind die Nachbarländer weiterhin daran interessiert, die alten Seilschaften mit den ehemaligen kongolesischen Rebellen aufrechtzuerhalten. Noch immer heißt es, Gold oder Coltan gegen Waffen - trotz eines langjährigen Embargos durch die Vereinten Nationen. Abbé Alfred ist der Leiter des Arbeitskreises für Gerechtigkeit und Frieden der Hilfsorganisation Caritas. Sein Büro befindet sich in Bunia, der Bezirkshauptstadt von Ituri. Jahrelang hat er mit angesehen, wie die Rohstoffe des Kongo zum Waffeneinkauf benutzt wurden. Das hat sich bis heute nicht wesentlich geändert, glaubt er.

Während des Konflikts gab es politisch-militärische Gruppen, die heute in der Übergangsregierung mitarbeiten. Sie haben sich auf die Seite der einen oder anderen Partei geschlagen, je nach wirtschaftlichen oder politischen Interessen. Wenn man sich den Waffennachschub anschaut - die Waffen sind durch die Nachbarländer rein gekommen. Es gibt ein Netzwerk von Beamten oder anderen Leuten, die diese Gruppen mit Waffen versorgen. Im Austausch bekommen die die Bodenschätze. Uganda hat die bewaffneten Gruppen in Ituri unterstützt. Diese hatten in dem Land ihre Ansprechpartner, die sie mit Waffen versorgt haben.

Doch woher kommen die Waffen? Erkundungen in Goma.

Major Igor Alexandrowitsch ist von der russischen Armee zur MONUC beordert worden. Seine Einheit kümmert sich um die Entwaffnung einer speziellen Gruppe der ruandischen Rebellen. Es handelt sich um Mitglieder der berüchtigten Miliz Interahamwe. 1994, nach dem Genozid in Ruanda, wurden sie von der siegreichen Armee des ruandischen Präsidenten Kagame verjagt. Bis heute behaupten sie sich im Kongo. Doch manche möchten den Kampf aufgeben. Sie wenden sich an die MONUC. Major Alexandrowitsch öffnet den Container, in dem die Waffen, die sie abgegeben haben, lagern. 300 Maschinengewehre liegen hier gestapelt, in den letzten zwei Jahren eingesammelt.

Wahllos greift Alexandrowitsch eine Waffe heraus und probiert, ob sie sich durchladen lässt.

Eine AK47 aus China, sie funktioniert immer noch. Sobald man das Magazin anbringt und lädt, kann man sie abfeuern. Die meisten Waffen sind sehr alt, in den frühen 50ern oder 60ern produziert, einige aus den 70ern, ich habe keine moderneren gesehen. Die meisten sind rostig, einige Teile fehlen - sie sind in schlechtem Zustand.

Die Gewehre, die MONUC einsammelt, haben meistens schon mehrere afrikanische Krisengebiete gesehen: Von Eritrea über Angola bis zum Kongo. Sie sind schon seit vielen Jahren auf dem innerafrikanischen Markt. Doch immer wieder tauchen neue Waffen auf - allen Bemühungen der UNO zum Trotz. Gekauft werden sie meistens in den Waffenschmieden Osteuropas. In Tschechien, Bulgarien, Serbien, Kroatien oder Transnistrien.

Ganz legal: Waffenhändler legen in den Fabriken echte oder gefälschte Ausfuhrbescheinigungen für afrikanische Länder vor, in die exportiert werden darf. Anschließend werden Flugzeuge mit der gefährlichen Fracht beladen und verlassen den europäischen Luftraum Richtung Süden. Sind sie erst einmal südlich der Sahara angelangt, schlagen sie einfach einen anderen Kurs als angegeben ein und landen auf abgelegenen Flughäfen. Anschließend wird die Fracht mit kleineren Flugzeugen, per LKW oder auf Booten über die großen Seen in den Ostkongo transportiert. Manchmal werden Organisationen wie

Amnesty International aber auch mit Fällen konfrontiert, in denen auf geradezu spektakuläre Weise gegen das UN-Waffenembargo verstoßen wurde:

Das Flugzeug wird nach Tirana geflogen, dort beladen - sechs Flüge, mit 42 bis 43 Tonnen, vor allem Munition, einige Raketen - es geht um riesige Mengen an Munition. Nach der Landung in Kigali heben dort kleine Flugzeuge mit Waffen ab. Ziel ist Bunia, weil Ruanda damals mit Uganda dort um die Goldvorkommen, den Diamantenhandel und die wertvollen Mineralien konkurrierte.

Die Waffen, die von der albanischen Regierung verkauft wurden, stammten aus Entwaffnungsprogrammen. So sollte der Frieden im Land abgesichert werden. Dass damit ein anderer Krieg in Afrika angefacht würde, war Amnesty zufolge der albanischen Regierung nicht klar. Auch andere Nationen nutzten den afrikanischen Krisenherd Kongo, um trotz des Embargos Kasse zu machen. Zum Beispiel Bosnien. Auch hier ging es um den Verkauf aus Entwaffnungsbeständen. Nur dass diesmal das ganze unter der Aufsicht der NATO-Schutztruppe SFOR und der EU stattfand, wie Amnesty International herausfand. Brian Wood:

Ende 2004 hörten wir, dass die EU und die USA sich über eine große Waffenlieferung von Bosnien an Ruanda stritten. Die bosnische Regierung ersuchte um die Genehmigung, 130 Tonnen Waffen nach Ruanda zu exportieren und eine ähnliche Menge in den Tschad. Durch das Abkommen von Dayton hatte die NATO Befehlsgewalt über die Bewegungen von Militärmaterial in Bosnien. Also mussten alle Waffenexporte von der SFOR unter amerikanischem Kommando genehmigt werden. Die EU sprach sich gegen diese Lieferung aus, die USA dafür. Washington hatte gerade einen Vertrag über Militärhilfe mit Ruanda unterzeichnet und einen weiteren mit Uganda.

Was die SFOR, die Schutztruppe für Bosnien genehmigen musste, war der Transport vom Waffenlager zum bosnischen Flughafen Tuzla. Für Tausende Granaten, Maschinengewehre und Millionen von Patronen an Munition. Was danach mit den Waffen und der Munition geschah, darauf hatte die Schutztruppe keinen Einfluss mehr.

Am 9. Dezember 2004 erklärte die bosnische Regierung, dass die Lieferungen an Ruanda gestoppt würden. Trotzdem erhielten wir Berichte, dass die Waffen weiterhin transportiert würden. Nach und nach entdeckten wir, dass es fünf Lieferungen für Ruanda gab, vier waren von der EUFOR genehmigt worden - dem Nachfolger der SFOR. Wir fanden heraus, dass eine fünfte Lieferung am 9. Dezember genehmigt worden war, dem gleichen Tag, an dem die bosnische Regierung bekannt gab, dass die Sache gestoppt worden war. Wir stellten fest, dass Flugzeuge ankamen, die häufig nach Zentralafrika fliegen, oft mit ziviler Fracht, mit Produkten wie Fisch aus dem Viktoriasee für Europa. Aber ab und zu waren diese Flugzeuge auch in Waffentransporte verwickelt. Genau diese Flugzeuge waren nun am Flughafen Tuzla zu finden. Wir haben Beweise, dass diese Maschinen danach nach Kigali weitergeflogen sind.

Es ist wie in einem Indizienprozess - es gibt nur Hinweise, die sich zu einem Gesamteindruck zusammensetzen lassen - dem Eindruck, dass EUFOR und SFOR es zuließen, dass Gewehre und Munition aus dem Entwaffnungsprozess in Bosnien an Ruanda verkauft wurden.

Nach wie vor fließen Waffen und Munition in den Kongo - doch inzwischen ist es der Munitionsnachschub, der immer wichtiger wird. Denn Gewehre sind in Afrika aufgrund der vielen Konflikte und ihrer langen "Lebensdauer" schon millionenfach vorhanden. Gerade im Kongo gebe es einen sehr gut funktionierenden Binnenmarkt für die Waffen, so Johan Peleman:

Wir stehen jetzt kurz vor den Wahlen, für manche gibt es viel zu gewinnen oder viel zu verlieren. Viele der politischen Hauptfiguren des Übergangs haben immer noch die Unterstützung bewaffneter Gruppen, und das ist natürlich das Hauptrisiko, dass ihre Anführer wieder zu den Waffen greifen wollen, um die Ergebnisse anzufechten, weil sie damit unzufrieden sind.

Im Kongo operieren nach wie vor zahlreiche bewaffnete Gruppen: Milizen und Rebellen, wie die Truppe um General Laurent Nkunda im Osten des Landes in der Nähe der Stadt Goma. Fünf- bis achttausend Mann soll er unter Waffen haben. Noch verhält er sich einigermaßen ruhig - aber nicht mehr lange, befürchtet der Wissenschaftler Hamuli-Birali:

Jetzt sind Wahlen, und es wird Verlierer geben. Glauben Sie, dass diese Menschen sich geschlagen geben werden? Wenn Nkunda ihnen hilft, noch zwei oder drei Tage auszuhalten und das Geld des Staats einzukassieren, dann werden sie das machen!

Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Mitarbeiter der Übergangsregierung ihre Macht

missbrauchen, um mit den Bodenschätzen des Kongo ihre Privatschatulle aufzufüllen - oder ihre Kriegskasse. Sie wollen vor den Wahlen - und damit einem möglichen Machtverlust - noch einmal einen schnellen Dollar machen. Albrecht Conze, der stellvertretende Leiter der Abteilung Politik bei der MONUC, weiß, wie begehrt die Rohstoffe des Kongo sind:

Die Bodenschätze des Kongo sind nicht nur für seine Nachbarländer, sondern auch für die jetzt überall auf der Welt entstehenden Jung-Industriestaaten von höchstem Interesse. Kupfer, Kobalt, Coltan - natürlich auch Gold und Diamanten immer schon - sind rare Rohstoffe, und all die Länder können sich hier im Augenblick mehr oder weniger ungehemmt und unkontrolliert Konzessionen besorgen, und ohne dass es tatsächlich zu sichtbaren Staatseinnahmen führt, diese Bodenschätze ausbeuten. Das ist ein Zustand, der enden muss, wenn der Kongo auf seine eigenen Füße kommen will.

© 2007 Deutschlandradio